

SYBILLE BAURIEDL (HG.)

**WÖRTER-
BUCH
KLIMA-
DEBATTE**

[transcript] Edition Kulturwissenschaft

Aus:

Sybille Bauriedl (Hg.)

Wörterbuch Klimadebatte

November 2015, 332 Seiten, kart., 29,99 €, ISBN 978-3-8376-3238-5

Grünes Wachstum, Nullemission, Energiewende, ökologische Modernisierung. Die Klimadebatte hat ihr eigenes Vokabular hervorgebracht, dessen Begriffe eine strukturkonservative Agenda transportieren: Mit marktbasierter Klimaschutzinstrumenten, grüner Technologie und globalem Management sollen die lebenswichtigen Funktionen der Atmosphäre bewahrt und gleichzeitig ungebremstes Wachstum ermöglicht werden. Dieses Ideal der Industriegesellschaften hat jedoch den Klimawandel verursacht und wird nun zu dessen Lösung umgedeutet.

Im »Wörterbuch Klimadebatte« analysieren Expert_innen aus Sozial-, Politik- und Kulturwissenschaften über 40 Schlüsselbegriffe des Klimadiskurses, die diese Utopie plausibel und alternativlos erscheinen lassen, und zeigen notwendige Perspektiven jenseits einer neoliberalen Klimapolitik.

Sybille Bauriedl ist am Geographischen Institut der Universität Bonn tätig.

<https://klimadebatte.wordpress.com>

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3238-5

Inhalt

Einleitung

Sybille Bauriedl | 9

Agrartreibstoffe

Melanie Pichler | 23

Anthropozän

Christoph Görg | 29

Bioökonomie

Sarah K. Hackfort | 37

CO₂-Abscheidung und -Speicherung

Timmo Krüger | 43

Effizienzrevolution

Tilman Santarius | 51

Energiedemokratie

Sören Becker, Matthias Naumann, Laura Weis | 57

Energieeffiziente Kocher

Harry Hoffmann | 65

Energiewende

Stefanie Baasch | 73

Entkopplung

Tilman Santarius | 81

Geoengineering

Thilo Wiertz | 87

Geschlechtsspezifische Verwundbarkeit

Sybille Bauriedl, Sarah K. Hackfort | 95

Globales Umweltmanagement

Ulrich Brand, Christoph Görg | 103

Inwertsetzung von Natur

Christoph Görg | 109

Klima-Governance

Achim Brunnengräber | 117

Klimaanpassung

Kristina Dietz, Achim Brunnengräber | 127

Klimabewegung

Philip Bedall | 133

Klimaflüchtlinge

Carsten Felgentreff | 141

Klimafreundlicher Konsum

Ines Weller | 149

Klimagerechtigkeit

Achim Brunnengräber, Kristina Dietz | 157

Klimakatastrophe

Tobias Schmitt | 163

Klimakompatible Entwicklung

Detlef Müller-Mahn | 171

Klimakonflikte

Jürgen Scheffran | 179

Klimaneutralität

Sybille Bauriedl | 187

Klimavulnerabilität

Kristina Dietz | 195

Klimawissenschaften

Werner Krauß | 201

Nachhaltigkeit

Melanie Pichler | 209

Nullemission

Sybille Bauriedl | 217

Ökologische Modernisierung

Timmo Krüger | 225

Partizipation

Stefanie Baasch | 233

Planetarische Grenzen

Christoph Görg | 239

Raumschiff Erde

Bettina Köhler | 245

REDD+

Jutta Kill | 253

Resilienz

Sabine Höhler | 261

Smart City

Bettina Köhler | 269

Sozial-ökologische Transformation

Ulrich Brand | 277

Suffizienz

Uta von Winterfeld | 283

Wachstum und Wohlstand

Ulrich Brand | 289

Weltbürgergesellschaft

Malte Timpte | 297

Weltklimarat

Timmo Krüger | 305

Wissensunsicherheit

Stefanie Baasch | 313

Autorinnen und Autoren | 321

Einleitung

Sybille Bauriedl

Einleitung

Klimaschutz ist notwendig, um die Weltbevölkerung vor zunehmenden Problemen des Klimawandels zu bewahren. Dieser globale Konsens hat zu umfangreichen internationalen Vereinbarungen und Aktivitäten geführt, aber bisher nicht die globale Erwärmung gebremst. Diese Dynamik lässt sich erklären, wenn der Klimawandel nicht nur als naturwissenschaftlich relevantes Phänomen betrachtet wird. Soziale und ökonomische Dynamiken haben großen Einfluss auf den Klimawandel und auf mögliche Lösungswege. Seitdem der Klimawandel ein politisches und gesellschaftliches Thema geworden ist, dient er auch zur Legitimation eines neoliberalen, globalisierten Wirtschaftsmodells. Die Überzeugungskraft dieses Modells lebt von einer Zukunftsvision, die als Tatsache erscheint: Anhaltendes Wirtschaftswachstum sei mit immer geringerem Umweltverbrauch möglich. Verbunden wird dieses Wachstumsideal mit dem Versprechen, dass mit einem Klimaschutz, der marktwirtschaftlichen Gesetzen folgt, nicht nur der Klimawandel, sondern auch andere drängende globale Probleme gelöst werden können.

Klimaschutz steht aus all diesen Gründen ganz oben auf der internationalen politischen Agenda. »Eingedenk der aktuellen Ergebnisse des IPCC [des Weltklimarats der Vereinten Nationen, Intergovernmental Panel on Climate Change] betonen wir, dass tiefe Einschnitte bei den weltweiten Treibhausgasemissionen erforderlich sind, einhergehend mit einer Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts.«¹ Diese Erklärung verabschiedeten die Staatsschefs der sieben einflussreichsten Industrienationen beim G7-Gipfel 2015 in Elmau. Es geht um die vollständige Abkehr von fossilen Energieträgern in der Industrie, der Mobilität sowie der Strom- und Wärmeversorgung. Ein großer Schritt, der allerdings erst am Ende des 21. Jahrhunderts erreicht werden soll – wenn die Erdöl- und Kohlevorkommen ohnehin abgebaut

1 | G7 Germany. Think Ahead. Act Together. Abschlusserklärung G7-Gipfel, 7.-8. Juni 2015: 17.

sein werden. Es bleiben also noch 85 Jahre Zeit. Der Endspurt wird zukünftigen Generationen überlassen. So lange werden emissionsintensive Industrien subventioniert und politisch gefördert, allen voran die Kohleindustrie sowie die Luftfahrt- und Automobilindustrie. Das radikale Ziel maximaler Dekarbonisierung ist ein Versprechen in die Zukunft unter strukturkonservativen Bedingungen.

Auch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hatte den Klimawandel zu seinem Arbeitsschwerpunkt im Jahr 2014 gemacht. Er lud im September Vertreter_innen von Regierungen, Wirtschaft und Nicht-Regierungsorganisationen zu einem UN-Sonderklimagipfel nach New York ein und verkündete: »In 2014, we must turn the greatest collective challenge facing humankind today – climate change – into the greatest opportunity for common progress towards a sustainable future. Next year is the year for climate action. We can delay no longer. [...] Future generations will judge our action on this issue.«² Er appellierte damit an eine nachhaltige Entwicklung. Diese Forderung brachte zur gleichen Zeit soziale Bewegungen auf die Straße. Allein in Manhattan demonstrierten 300.000 Menschen für globale Klimagerechtigkeit.

Diese Appelle an die Weltgemeinschaft und der Verweis auf den Problemdruck, den Handlungsdruck und den Zeitdruck wiederholen sich bei allen internationalen Umwelt- und Klimakonferenzen seit der ersten UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Dennoch sind über 20 Jahre vergangen, ohne dass eine globale Emissionsreduktion und ein nachhaltiger Klimaschutz in Sicht sind. Die Diskrepanz zwischen den formulierten und den realisierten Zielen wird sogar immer größer, da sowohl die Reduktionsziele als auch die globale Erwärmung stetig und beschleunigt ansteigen.

Wie konnte dieser Widerspruch zwischen Absichtserklärung und Realisierung so lange bestehen? Wieso erscheinen immer ehrgeizigere nationale Reduktionsziele glaubwürdig? Diesen Fragen sind die Autor_innen dieses Sammelbandes aus kultur- und sozialwissenschaftlichen Perspektiven nachgegangen³, indem sie beispielhafte Schlüsselbegriffe der Klimadebatte daraufhin untersuchten, mit welchen Argumenten der Schutz des Weltklimas ver-

2 | Ki-moon, Ban (2013): UN and Climate Change. Big Idea 2014: The Year for Climate Action. www.un.org/climatechange/log/2013/12/big-idea-2014-year-climate-action-ban-ki-moon (20.09.2015).

3 | Sozial- und Kulturwissenschaftler_innen setzen sich seit einigen Jahren mit den gesellschaftlichen Implikationen der Klimaforschung, Klimapolitik und der medialen Vermittlung des Klimawandels auseinander. Vgl. Voss, Martin (Hg.) (2010): *Der Klimawandel – Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: Springer; Methmann, Chris/Rothe, Delf/Stephan, Benjamin (Hg.) (2013): *Deconstructing the Greenhouse. Interpretive approaches to global climate governance*. London: Routledge; Hulme, Mike (2009): *Why we disagree about climate change*. Cambridge; Schneider, Birgit/Nocke,

handelt wird, welche Interessen jenseits des Klimaschutzes dabei eine Rolle spielen und welche Argumente kontraproduktiv für den globalen Klimaschutz sind. Alle Autor_innen kommen zu dem Ergebnis, dass es in der Klimadebatte nicht allein um die Konservierung des Weltklimas geht, sondern genauso um die Konservierung von Wirtschafts- und Wohlstandsmodellen. Klimaschutz soll Wachstumsmotor sein, Armut reduzieren und gleichzeitig lebenswichtige Funktionen der Atmosphäre und Biosphäre bewahren. Die Klimadebatte konzentriert sich auf Lösungen, die diese Zieltrias bedienen.

Die Analyse der Ursachen des Klimawandels bleibt im Vergleich zu den Anstrengungen, die auf mögliche Lösungen verwendet werden, erstaunlich eindimensional auf physikalische Ursachen beschränkt. Obwohl seit dem Statusbericht des Weltklimarats von 2007 Konsens darüber besteht, dass die globale Erwärmung anthropogen verursacht ist, konzentriert sich die Suche nach den Problemursachen auf die Quellen der Treibhausgasemissionen, was meist zu technologischen Lösungsvorschlägen führt. Dabei könnten auch der emittierende Mensch und dessen Motive im Fokus stehen. Die Beharrungskraft der gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmung, innerhalb der die Treibhausgase verursacht werden, ist jedoch kaum Untersuchungsgegenstand.

Die Ursachen steigender Treibhausgasemissionen könnten auch mit Blick auf das Verhältnis von struktureller Armut im Globalen Süden und Wohlstand im Globalen Norden untersucht werden, da dieses Ungleichheitsverhältnis von der gleichen industriekapitalistischen Wirtschaftsweise geprägt ist wie auch der Klimawandel. Diese Wirtschaftsweise beruht auf der Inwertsetzung und Ausbeutung von Natur und von Arbeitskräften und hat eine enorme Beschleunigung erfahren seit der Nutzung fossiler Energieträger für die industrielle Produktion und Mobilität. Die Emission von Treibhausgasen ist die systemimmanente Begleiterscheinung eines Industriekapitalismus. Argumente für eine grundlegende Veränderung dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind dennoch nur am Rand der Klimadebatte zu finden.

Der Klimawandel wird in der internationalen Klimapolitik und im Mainstream allein als Umweltkrise diskutiert, nicht als Zeichen einer sozialen Krise oder Wirtschaftskrise. Vielmehr werden soziale Krisen (Armut, Vertreibung, Hunger, Landverlust, Krankheit) in der Klimadebatte als Folgen des Klimawandels angesprochen (z.B. durch Ernteaufschläge nach langen Dürren, durch Zerstörungen von Orkanen und Meeresspiegelanstieg). Durch einen Begriff wie ›Klimaverwundbarkeit‹ wird der Klimawandel als Problemverstärker und arme Menschen als Opfer von Extremwetterereignissen thematisiert. Diese Problembetrachtung verschiebt den Fokus auf das Naturereignis, und die Ursachen der Armut – die den Menschen eigentlich verwundbar machen –

rücken aus dem Blick. Es findet eine rhetorische Naturalisierung sozialer und globaler Ungleichheit statt.

Begriffe wie ›Klimakatastrophe‹ oder ›Klimaflüchtling‹ verknüpfen naturalisierende Argumentationsweisen der Klimadebatte zu einer Kausalkette. Hunger wird so zu einer extremen Form der Klimawandelbetroffenheit und Migration zu einer Anpassung an negative Folgen des Klimawandels. Die Ursache dieser Situation bzw. Reaktion ist jedoch niemals allein der Klimawandel. Kommt es zu Ernährungsproblemen von Kleinbauern und -bäuerinnen im Globalen Süden, so muss auch die ungerechte Landverteilung thematisiert und gefragt werden, warum so viele Menschen in dürrgefährdeten Gebieten leben. Kommt es zunehmender Migration von Menschen aus Trockengebieten oder tropischen Küstenzonen, muss genau untersucht werden, wieso sie ihre Lebensgrundlage verloren haben. Menschen aus tropischen Ländern, die nach Europa oder in andere Wohlstandsregionen migrieren wollen, fliehen nicht allein vor dem Klimawandel, sondern weil sie keinen ausreichenden Zugang zu Land oder anderen Ressourcen haben. Die Rede vom Klimawandel als Ursache für soziale Krisen findet ihre Steigerung im Begriff des ›Klimakrieges‹. Der Klimawandel wurde in zahlreichen populärwissenschaftlichen Publikationen zur Ursache zukünftiger militärischer Auseinandersetzungen um immer knapper werdende natürliche Ressourcen erklärt. Und auch wissenschaftliche Institutionen haben den Klimawandel zum Sicherheitsproblem für Europa, Australien und Nordamerika erklärt (→ Klimavulnerabilität, → Klimakonflikte, → Klimaflüchtlinge). Um die Ursachen dieser Konflikte zu verstehen, könnte man genauso gut fragen, warum der Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen so ungleich verteilt ist und warum landwirtschaftlich nutzbare Flächen in immer weniger Händen liegen. Post_koloniale Machtverhältnisse sind hier gleich dreifach relevant: als historische Bedingung aktueller Landnutzung und extrem ungleicher Besitzverhältnisse, als Ausdruck imperialer Lebensweisen sowie als diskursive Praktik, durch die Dominanzverhältnisse zwischen Globalem Norden und Globalem Süden reproduziert werden.

In den letzten Jahren war zu beobachten, dass sich die Situation des ungerecht verteilten Landbesitzes durch Klimaschutzprojekte noch verschärft hat. Sogenannte Klimaflüchtlinge sind in vielen Fällen Menschen, die bei der Umsetzung von Klimaschutzprojekten vertrieben wurden. Es scheint legitim, im Namen des globalen Klimaschutzes lokale soziale Krisen zu verursachen. So hat die zunehmende Konkurrenz um landwirtschaftliche Flächen insbesondere in Entwicklungsländern durch den Anbau von Biomasse für erneuerbare Energien und von Agrartreibstoffen mittlerweile ein relevantes Ausmaß angenommen, das sich zum Nachteil für die Ernährungssicherheit durch kleinbäuerliche Betriebe entwickelt hat. Dabei dienen großflächige Klimaschutzmaßnahmen primär dem Energie- und Mobilitätsbedürfnis in Industriestaaten.

Die Klimadebatte wird dominiert von der Idee, dass Wachstum mit reduziertem und langfristig sogar ohne Umweltverbrauch möglich sei, und dass Wachstum und Ressourcenverbrauch voneinander entkoppelt werden könnten. Das »Wörterbuch Klimadebatte« untersucht, wie der klimawandelverursachende Industriekapitalismus durch seine Umdeutung in eine Grüne Ökonomie bzw. ein nachhaltiges Wachstum als Lösung für alle Klimawandelprobleme plausibel erscheinen kann. Die Versprechen einer »Effizienzrevolution« oder einer »Klimaneutralität« spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Diese Begriffe schaffen es, die einst gegensätzlichen Interessen einer Naturnutzung und des Naturschutzes miteinander zu versöhnen. Die Klimadebatte ist voll von solchen Begriffen. Sie hat ein eigenes Vokabular hervorgebracht, mit dem sich über die letzten Jahrzehnte ein internationaler politischer Konsens herstellen ließ.

Das »Wörterbuch Klimadebatte« vereint über vierzig Begriffsanalysen, in denen die Autor_innen eine kritische Betrachtung und Einordnung der diskursprägenden Argumentationen ermöglichen. Das Wörterbuch will damit ein Nachdenken über vorherrschende Strategien und mögliche Zukünfte anregen. Es will nicht Mythen der Umweltpolitik aufdecken oder Alternativen beschreiben – dazu liegen bereits aufschlussreiche Sammelbände vor⁴ –, sondern Kritik an der scheinbaren Alternativlosigkeit einer neoliberal globalisierten Klimapolitik formulieren. Die Autor_innen machen deutlich, dass es einfache und bequeme Lösungen für die komplexen Dynamiken des Klimawandels und die damit zusammenhängenden sozial-ökologischen Verhältnisse nur zu hohen sozialen Kosten geben kann. Und diese Kosten werden genauso ungleich verteilt sein wie bisher und damit eine nachhaltige Entwicklung, die auf internationale und intragenerationale Gerechtigkeit zielt, verunmöglichen.

Um diese Kritik an der institutionalisierten Klimapolitik nachvollziehbar zu machen, wurden Begriffe ausgewählt, die zum einen die Problemwahrnehmung des Klimawandels festschreiben (→ Planetarische Grenzen, → Klimavulnerabilität, → Klimakatastrophe, → Klimakonflikte, → Klimaflüchtlinge), zum anderen die Lösungsstrategien zur Bewältigung des Klimawandels festlegen (→ Energiewende, → Effizienzrevolution, → Agrartreibstoffe, → Bioökonomie, → Geoengineering, → Smart Cities) und die Chancen der Klimawandelbewältigung betonen (→ Wachstum und Wohlstand, → Energiedemokratie, → Ökologische Modernisierung, → Klimafreundlicher Konsum). Außerdem werden die Begriffe für die bevorzugten Gestaltungsformen der Klimapolitik kritisch reflektiert (→ Globales Umweltmanagement, → Klima-Governance, → Weltbürgergesellschaft, → Weltklimarat). Die Querverweise innerhalb der Einzel-

4 | Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stephan (2012): ABC der Alternativen 2.0. Hamburg: VSA; Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2002): Mythen globalen Umweltengagements. Rio+10 und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot.

beiträge zu verwandten Begriffen der Klimadebatte zeigen, dass die impliziten Argumentationen dieser Begriffe an vielen Stellen strategisch gekoppelt sind. Das ist möglich, da sie an gemeinsame Narrative von Umwelt und Entwicklung anschließen. Als Anregung für die Leser_innen, die diskursiven Verbindungslinien der einzelnen Begriffsreflexionen nachzuvollziehen, werden im Folgenden sechs Narrative der Klimadebatte skizziert, deren Rhetorik den hier vorgestellten Begriffen implizit ist: Der Alarmismus einer nahenden Klimakatastrophe, die Anrufung des Klimawandels als Menschheitsproblem, die Formulierung von abstrakten globalen Grenzwerten, die Fokussierung auf eine Technologieentwicklung zur Einhaltung dieser Grenzwerte, das Profitversprechen für ein Klimaschutzengagement und die Erklärung der Alternativlosigkeit dieser Strategien.

1. »Katastrophenbewältigung schafft Entwicklungschancen«

Die Klimadebatte ist gekennzeichnet von Zukunftsvorstellungen der Extreme: Einerseits werden Dystopien verheerender Naturereignisse skizziert, andererseits positive Bilder von Wohlstand in einer gesunden Umwelt. Die seit den 1970er Jahren dauerhaft schlechte Nachricht von Klimaforscher_innen, die zu Beginn jedes Klimagipfels wiederholt wird, lautet: Es droht der Klimakollaps. Und die Bewältigungsstrategie zur Verhinderung dieser Katastrophe lautet: Unser Lebensstil ist auch ohne Umweltzerstörung möglich.

Die Klimakommunikation ist sowohl in der Wissenschaft als auch in Politik und Medien stark bildlich geprägt: Kohlenstoffemissionen werden in »Fußabdrücken« gemessen, das Diagramm der Klimaerwärmung als »Hockeyschlägerkurve« bezeichnet, und für die Übernutzung der Natur werden »planetarische Grenzen« und »Leitplanken« definiert. Auch die Kritiker_innen der Klimapolitik verwenden Bilder aus der Natur, anstatt die soziale und ökonomische Dimension des Klimawandels zu vermitteln. Die Warnungen der Klimaforscher_innen vor der Klimakatastrophe und dem Verlust von Biodiversität wird in emotionalisierende Darstellungen von Eisbären auf Eisschollen oder halb überfluteten Städten übersetzt. Umweltorganisationen greifen diese Ikonen auf. Der Verweis auf einen drohenden Verlust von Biodiversität und kulturellen Werten scheint geeigneter zu sein zur Mobilisierung gegen einen verfehlten Klimaschutz als auf betroffene Menschen (→ Klimakatastrophe).

Die Warnungen vor den Extremfolgen des Klimawandels werden außerdem oft mit dem Verweis auf eine drohende Apokalypse stark gemacht und damit die kulturelle Kraft biblischer Ängste (Sintflut) und Hoffnungen (Arche Noah) heraufbeschworen. Das Bild der Klima-Apokalypse zeigt eine Katastrophe, die von außen auf die Welt hereinbricht. Der Klimawandel steht hier im Kontext einer vormodernen Dystopie, die mit den Mitteln einer aufgeklärten Zivilisation, die geeignete Technologien und die Organisationsformen besitzt,

verhindert werden kann. Ökologische Modernisierung erscheint so als absolut notwendiger und dringlicher Weg zur Verhinderung einer Klimakatastrophe und für eine hoffnungsvolle Zukunft. In diesem Narrativ ist der moderne Mensch fähig, diese Chance zu nutzen, da er über das Wissen verfügt, die geeigneten Technologien zu entwickeln, um die schlimmsten Folgen zu verhindern (Klimaschutz) oder diese zumindest abzumildern (Klimaanpassung).

2. »Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe«

In der Klimadebatte kommen kaum lokale Prozesse mit all ihren komplexen sozial-ökologischen Dynamiken zur Sprache. Beim Klimawandel geht es um den größtmöglichen Maßstab einer Problembetrachtung: um globale Probleme, von denen alle Menschen betroffen sind. Das führt zu Verallgemeinerungen, die den Blick auf soziale Differenzierungen oft verstellen. Auch wenn bei weitem nicht alle Menschen an den Klimaverhandlungen teilhaben können, sprechen die dominanten Akteure der Klimapolitik von allen – und damit auch für alle – Menschen der ganzen Erde, inklusive der zukünftigen Generationen. Internationale Klimainstitutionen und -verbände betiteln ihre Zustandsberichte mit programmatischen Aussagen wie »Our Common Future« (1987, UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung), »The future we want« (2012, UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung), »Our Planet – Healthy Planet, Healthy People« (2015, UN-Umweltprogramm), »Think Ahead. Act Together« (2015, Abschlusserklärung G7-Gipfel) oder »Living Planet Report« (2015, World Wide Fund for Nature). Diese Kollektivierungsrhetorik suggeriert, dass alle Menschen die gleichen Zukunftsinteressen bei der Lösung von Klimaproblemen haben. Die historischen und strukturellen Bedingungen von Armut, Ungleichheit und Nicht-Nachhaltigkeit werden in diesen Studien nicht benannt, genauso wenig die unterschiedliche Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen und die ungleich verteilten Lasten und Vorteile des Klimaschutzes. Gerechtigkeitsfragen verschwinden hier hinter verbaler Gleichstellung. Sowohl die Verantwortung für das Klimawandelproblem als auch die Verantwortung für dessen Lösung werden kollektiviert. Dass es Profiteure der Umweltzerstörung gibt und dass diese zur Verantwortung gezogen werden könnten, gerät damit aus dem Blick. Die Klimapolitik kommt mit Hilfe dieser Rhetorik ohne Sozial- und Kolonialgeschichte aus: Wenn die Katastrophe naht, wird die Erde zum Gemeinschaftsgut, um das sich alle Menschen im gleichen Maße sorgen sollen. Aber wer ist dieses ›Wir‹? (→ Raumschiff Erde) Und wessen Zukunft ist gemeint? (→ Partizipation)

Die breite Anerkennung des IPCC beruht auf seiner Betrachtung des Klimawandels als planetarisches Problem und der Zusammenfassung von weltweiten Klimaforschungserkenntnissen. Das UNFCCC-Sekretariat (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen) als Weltorganisation des globalen

Klimaschutzes überträgt diese planetarische Perspektive in internationale Zielsetzungen, die Konsentscheidungen für die nachhaltige Zukunft aller Menschen jenseits bestehender globaler Machtkonstellationen sein sollen (→ Weltklimarat, → Klima-Governance).

Jeder Klimagipfel ringt um konkrete Emissionsreduktionsziele, obwohl klar ist, dass diese reine Willensbekundungen bleiben, die Umsetzung auf Freiwilligkeit beruht und die Missachtung gemeinsamer Beschlüsse nicht juristisch einklagbar ist (→ Globales Umweltmanagement, → Weltbürgergesellschaft). Neben der großen öffentlichen Aufmerksamkeit für das anhaltende Bemühen um gemeinsame Ziele verläuft die Auseinandersetzung über Umsetzungsstrategien und Instrumente ziemlich unbehelligt. Denn an der grundlegenden Ideologie internationaler Klimapolitik wollen die Vertreter_innen der UN-Nationen nicht rütteln: Die gemeinsame Zukunft soll ressourcenökonomisch gestaltet werden, und der Klimawandel wird lediglich als Systemstörung etablierter Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle betrachtet. Das zeigt auch die Abwehrhaltung der UN-Organisationen gegen kapitalismuskritische Stimmen aus dem Globalen Süden und von internationalen Umweltorganisationen (→ Klimabewegung).

3. »Die Einhaltung von Grenzwerten ist ökonomisch sinnvoll«

Im Rahmen der internationalen Klimapolitik wird der Klimawandel als Grenzproblem verhandelt. Die Definition von Grenzwerten entspricht einem natur-, wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Denken. Diese drei Disziplinen sind in der Klimadebatte eng verzahnt. Klimaforscher_innen überprüfen nicht nur den aktuellen Status des Klimawandels, sondern berechnen auf Basis historischer Prozesse auch Szenarien für die Zukunft der Atmosphäre und Biosphäre. Sie legen Grenzwerte fest, in deren Rahmen sich Umweltschädigungen wieder regenerieren können (→ Resilienz) und bei deren Überschreitung irreversible Folgen eintreten würden (→ Planetarische Grenzen). Wirtschaftswissenschaftler_innen erkennen in der Definition von Grenzwerten für die Nutzung bestimmter Ressourcen die Möglichkeit, ein nun knappes Gut mit Nutzungsrechten zu belegen und damit zur handelbaren Ware zu machen, die einen Preis hat. Die Kosten für die Nutzungsrechte (z.B. Emissionszertifikate) machen den Einsatz von Klimaschutz- und Klimaanpassungstechnologien ökonomisch sinnvoll, solange die Investitionskosten für Emissionseinsparungen unter den Verschmutzungskosten liegen. Ingenieurwissenschaftler_innen versuchen, entsprechende emissionseffiziente Technologien zu entwickeln.

Die Summe der Kohlenstoffemissionen in einem bestimmten Zeitraum oder für eine bestimmte Nutzung wird zum Maß des Handelns. Mit der Definition von Tragfähigkeitsgrenzen der Atmosphäre und der Berechnung einer maximal vertretbaren globalen Treibhausgasemission lassen sich Zielwerte für

alle Maßstabsebenen – von Emissionsbudgets pro Kopf bis zu globalen Emissionen – festlegen. Ziel des klimakompatiblen Handelns, Wirtschaftens und Konsumierens ist es nun, diese Budgets nicht zu überschreiten und die direkten und indirekten Emissionen permanent zu bilanzieren. Die Emissionsrate bestimmt mittlerweile sowohl die Kostenkalkulation von Unternehmen und Kommunen als auch das Alltagshandeln von Menschen in Wohlstandsgesellschaften. Mittels Online-Rechner kann laufend der individuelle Fußabdruck der Kohlenstoffemission überprüft und daraufhin optimiert werden.

Die Ziele der Klimapolitik werden quantifiziert, um Erfolge messbar zu machen. Obwohl wissenschaftliches Wissen über den Klimawandel faktisch immer unsicher ist, liefern Klimaforscher_innen fixe Grenzwerte, um politisches Handeln zu stimulieren. Was wissenschaftliche Erkenntnis ausmacht, nämlich vorläufig und umstritten zu sein – besonders wenn es um Zukunftsaussagen geht –, wird in der Klimapolitik quasi ausgeschaltet. Für politische Auseinandersetzungen und Vereinbarungen sind vage Aussagen nicht brauchbar. Gebraucht werden eindeutige Grenzwerte, die zur roten Linie erklärt werden können, die nicht überschritten werden darf. Diese Funktionalisierung biophysikalischer Grenz- und Zielwerte greift weder naturwissenschaftliches Wissen differenziert auf noch sind soziale Kriterien der Grenzbestimmung vorgesehen. Der aktuelle Konsensgrenzwert einer maximalen Zwei-Grad-Erwärmung berücksichtigt keine regional unterschiedliche Temperatúrausprägung oder die sehr unterschiedlichen Bedingungen zur Anpassung an die Folgen dieser Erwärmung. Welche Klimawandelfolgen sind für wen vertretbar? Was sagen die Grenzwerte und Zeitkorridore über heutige und zukünftige sozial-ökologische Realitäten aus? (→ Wissensunsicherheit, → Klimawissenschaft).

Die Bilanzierungslogik der Klimadebatte lässt Effektivität und Effizienz zur zentralen Formel des Klimaschutzes werden. Ein effektives Klimamanagement und ein effizienter Ressourceneinsatz sind stets die Strategien, auf die sich sowohl Politik als auch Wirtschaft und Konsument_innen einigen können. Das Effizienzversprechen von Unternehmen ist zu einem Kaufargument geworden, wenn damit zusätzlich zu Treibhausgasemissionen auch Betriebskosten gespart werden können (z.B. energiesparende Kühlschränke oder emissionsreduzierte Autos). Die Kostenersparnis führt oft zu Rebound-Effekten, da sie Spielraum für mehr Konsum bietet, der wiederum Treibhausgasemissionen zur Folge hat. Die Klimaschutzengagement endet gemäß dieser Logik dort, wo die kostenneutrale Treibhausgasreduktion erreicht ist und die Anschaffung von Effizienztechnologien mehr kostet als langfristig eingespart werden kann (→ Effizienzrevolution, → Klimafreundlicher Konsum).

Seit jüngster Zeit sprechen hochrangige Politiker_innen von einem langfristigen Ziel vollständiger Dekarbonisierung oder einer klimaneutralen Entwicklung. Das meistzitierte Resultat des G7-Gipfels 2015 war die Ankün-

digung, dass am Ende des 21. Jahrhunderts die Weltwirtschaft emissionsfrei funktionieren soll. Das heißt in der buchhalterischen Logik der Klimapolitik: ohne Nettoemissionen. In der biophysikalischen Praxis bedeutet dies, Treibhausgasemissionen entweder zu vermeiden, einzufangen oder zu kompensieren. Emissionen können auch zu Netto-Nullemissionen werden, wenn man sie an einem anderen Ort einspart als dort, wo sie produziert werden. Das ist neutral für die Atmosphäre, aber nicht für die Gesellschaft. Denn aus politökonomischer Perspektive bedeutet diese Praxis, die Lasten und Kosten des Klimaschutzes in andere Bereiche oder Regionen zu verlagern. Der Handel mit Emissionszertifikaten und damit die Möglichkeit zur Kompensation von zu hohen Treibhausgasemissionen in Industrieländern basiert auf dem Argument, dass Emissionsreduktion immer dort betrieben werden sollte, wo sie am billigsten ist. Dass dies ausgerechnet für den Globalen Süden zutrifft, ist nicht »natürlich«, sondern hat eine Geschichte. Dort sind nicht zufällig Ressourcen wie Land und Arbeit günstiger zu haben. Dieses Ungleichheitsverhältnis wird mit der international vereinbarten Möglichkeit zur finanziellen Kompensation von Emissionen fortgeschrieben (→ Nullemission, → Klimaneutralität).

4. »Klimawandel ist mit technologischen Lösungen bewältigbar«

Die Klimadebatte ist gekennzeichnet von einem modernisierungstheoretischen Entwicklungsparadigma, dessen Fortschrittsideal und Technologieoptimismus aus der Frühzeit der Industrialisierung stammen. Alle Hoffnungen auf eine dekarbonisierte Wirtschaftsweise sollen durch technologische Innovationen erfüllt werden. Damit ist die Annahme verbunden, dass sich die effektivsten Innovationen durchsetzen, wenn hierfür finanzielle Anreize gesetzt werden. Insbesondere die deutsche Klimapolitik, die als Energiewendepolitik betrieben wird, lebt von dem Argument, dass Klimaschutz sowohl positive Effekte für die Volkswirtschaft sowie die regionale Wertschöpfung, als auch für die globale Umwelt haben kann. Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch stehen in dieser Logik nicht im Widerspruch. Sie beruht auf der Vision, Wirtschaftswachstum vom Umweltverbrauch entkoppeln zu können. Dabei lässt sich eine solche Entkopplungsthese nicht verallgemeinert belegen. Umweltverträgliche Einzelelemente verringern nicht die Belastung durch die gesamte Produktion von Waren: Kühlschränke können mit Ersatzstoffen betrieben werden, die kein ozonschädliches FCKW enthalten – das heißt aber nicht, dass alle umweltschädlichen Materialien in allen Produkten substituierbar sind; Kraftfahrzeuge können mit Agrartreibstoffen angetrieben werden – das ändert jedoch nichts an allen anderen Umweltschäden bei der Produktion, Nutzung und Entsorgung von Kraftfahrzeugen (→ Energiewende, → Agrartreibstoffe, → Entkopplung, → CO₂-Abscheidung und -Speicherung).

Auch in der Technologieentwicklung geht es um Klimaschutz im globalen Maßstab. Seit Jahren gibt es nationale und internationale Forschungsprogramme, die Wege suchen, um die Sonneneinstrahlung zu reflektieren und damit die globale Erwärmung zu verringern oder um Kohlenstoffemissionen einzufangen, zu verflüssigen und unterirdisch einzulagern. Die Entwicklung solcher Großtechnologien dient dazu, die Klimakatastrophe zu verhindern oder zu verzögern und gleichzeitig eine soziale und ökonomische Transformation überflüssig zu machen. Durch den Einsatz digitaler Technologien für sogenannte smarte Infrastrukturen sollen auf kommunaler und individueller Ebene insbesondere Mobilität und Haushaltsführung durch optimierte Steuerung den effizientesten emissionsarmen Ressourceneinsatz ermöglichen. Durch die digitale Speicherung vielfältiger Daten des Mobilitäts- und Konsumverhaltens können außerdem die Emissionskonten kontrolliert werden. Diese Strategien räumen der Effektivität durch Steuerung auf Basis physikalischer und Kostenkriterien einen höheren Stellenwert ein als der Möglichkeit von Lebensstiländerungen auf Basis gesellschaftlicher Debatten. Dabei zeigen die Beispiele von verändertem Mobilitäts- und Ernährungsverhalten in europäischen Großstädten, dass diese nicht durch Technologieentwicklung motiviert wurden (→ Geoengineering, → Smart City).

5. »Klimaschutz und Wachstum sind win-win-Optionen«

Klimaschutz ist nicht das alleinige Motiv für effizienten Ressourceneinsatz und Emissionsreduktion. Das Engagement für den Klimaschutz kann auch das persönliche soziale Kapital erhöhen oder zum positiven Image eines Unternehmens beitragen. Die Klimadebatte der letzten Jahrzehnte hat viele neue Werte geschaffen, die in verschiedenen Kontexten gehandelt werden können. Da der Verweis auf die Reduktion von Treibhausgasemissionen das Image jedes Vorhabens befördert, hat fast jede Stadt und jedes Großsportevent in Europa mittlerweile ein Klimaschutzkonzept oder verspricht, klimaneutral zu sein. Emissionsreduktion hat aktuell den höchsten Stellenwert im Portfolio des unternehmensbezogenen Umweltschutzes. Solange ein Fahrzeug mit Agrartreibstoff und ohne Abgasemissionen betrieben wird, sind andere umwelt- und gesundheitsbelastenden Folgen des Automobilverkehrs und die Landnutzungskonflikte beim Anbau des Treibstoffs gesellschaftlich akzeptabel.

Die Klimadebatte hat außerdem neue ökonomische Werte geschaffen. Die internationalen Instrumente zur Emissionskompensation und Förderung erneuerbarer Energien bieten ökonomische Anreize für die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen. So wird zum Beispiel die Fähigkeit von Wäldern Kohlenstoff zu binden, als ökosystemare Dienstleistung bewertet und damit zum ökonomischen Gut. Da tropische Wälder besonders viel Kohlenstoff binden,

wird deren Bewahrung oder Aufforstung zur Einkommensquelle im Rahmen der international vereinbarten Klimaschutzmechanismen.

Natur in Wert zu setzen ist ein Grundzug des Kapitalismus, der nach immer neuen Wertschöpfungsformen sucht. Grünes Wachstum im Sinne expandierender ökonomischer Wertschöpfung kann daher nicht nachhaltig sein und täuscht eine Wertschätzung von Natur vor. Kohlenstoff bekommt durch Emissionszertifikate einen Preis. Mit Investitionen in Klimaschutzanlagen lässt sich auf diese Weise ein zusätzlicher Gewinn erwirtschaften, und Klimaschutz wird ökonomisch rational. Oder andersherum betrachtet: Die globale Erwärmung schafft über den marktgerechten Klimaschutz ein neues Potenzial zur Abkühlung überhitzter Kapitalmärkte. Das ökonomische Interesse daran, den Emissionsmarkt zu erhalten, ist entsprechend größer, als ihm durch effektiven Klimaschutz die Grundlage zu entziehen (→ REDD+, → Inwertsetzung von Natur, → Nachhaltigkeit).

Die wirkmächtige *win-win-storyline* des Grünen Wachstums beruht auf dem Versprechen, für alle Umweltprobleme flexible und kosteneffiziente Lösungen finden zu können. Ein Klimaschutz ohne ökonomischen Gewinn ist mit diesem Narrativ nicht denkbar. Weltweit versuchen daher viele Menschen, die Ideologie des Grünen Wachstums als krisenverschärfend zu entlarven. Die Kritik richtet sich gegen eine marktbasierende, neoliberale Klimapolitik und die damit verbundene globale Arbeitsteilung des Klimaschutzes. Emissionszertifikate, die Unternehmen, Städten und Privatpersonen in Industriestaaten die Kompensation ihrer Treibhausgasemissionen ermöglicht, sollen in Entwicklungsländern durch Emissionseinsparungen bereitgestellt werden. Das führt zu einer hohen Nachfrage nach kompensationsfähigen Klimaschutzprojekten, die oft von Landnutzungskonflikten begleitet sind. Außerdem wird das Kompensationssystem des Emissionshandels nur funktionieren, wenn Entwicklungsländer auf einem niedrigen Emissionsniveau bleiben, billige Arbeitskräfte und ausreichend Flächen für Klimaschutzprojekte zur Verfügung stehen. Das globale Wohlstands- und Entwicklungsgefälle wird auf diese Weise nicht aufgehoben, sondern für die nächsten Jahrzehnte festgeschrieben (→ Wachstum und Wohlstand, → Klimagerechtigkeit, → Klimakompatible Entwicklung).

6. »Der eingeschlagene Weg ist alternativlos«

Gibt es nur eine Lösung im Umgang mit dem Klimawandel, oder gibt es Alternativen? Die politischen und gesellschaftlichen Wahrnehmungen und die Reaktionen auf den Klimawandel sind nur im historischen Entstehungskontext der Klimadebatte zu verstehen. Die globale Erwärmung ist gleichzeitig mit der Globalisierung, dem Ende des kalten Krieges und der Neoliberalisierung der Ökonomie zum zentralen Thema der politischen und öffentlichen Debatte geworden. Die Klimapolitik wurde in diese ökonomischen und politischen Rah-

menbedingungen eingepasst, die entscheidend waren für die internationalen Vereinbarungen und Strategien. Das Ergebnis waren Instrumente für eine globalisierte, neoliberalisierte Welt mit multipolaren Machtzentren.

Diese Rahmenbedingungen haben weiterhin Bestand. Auch nach dem Klimagipfel von Paris, der ein Meilenstein für Klimaschutzstrategien der nächsten Jahrzehnte ist, dominieren technologische Lösungen, marktwirtschaftliche Instrumente und ein Klimaschutzengagement, das auf Freiwilligkeit beruht und die Möglichkeit zur finanziellen Kompensation von zu hohen Emissionen bietet. Die jahrzehntelangen Klimaverhandlungen zeigen, dass bisher allein strukturkonservative und systemstabilisierende Lösungsvorschläge anschlussfähig waren. Diese dienen nicht allen Menschen zum Vorteil, denn sie stabilisieren auch Unterdrückungsverhältnisse, die auf zentralisierter Staatsmacht, Kapitalmonopolen, Neokolonialismus, Rassismus und patriarchalen Strukturen beruhen (→ Geschlechtsspezifische Verwundbarkeit).

Die entscheidenden Institutionen der Klimapolitik erklären den eingeschlagenen Weg als alternativlos. Gesellschaftspolitische Experimente sind nicht vorgesehen und werden mit dem Argument der drängenden Zeit und der Notwendigkeit schneller Lösungen vernachlässigt. Sie finden lediglich in sozialen Nischen statt. So erproben lokale Initiativen an vielen Orten mit dem Ideal eines Guten Lebens (*buen vivir*) jenseits von Wachstumsstress und Naturausbeutung ein Gegenmodell zur Grünen Ökonomie und ihrem Versprechen eines dekarbonisierten Endloswachstums. Die sehr unterschiedlichen Zukunftsideale des Grünen Wachstums und des Guten Lebens haben jedoch auch argumentative Gemeinsamkeiten: Sie verweisen auf den Klimawandel als zentralem Antrieb ihres Entwicklungsideals und sehen ein ressourcenschonendes Wirtschaften als ihr Ziel. Dabei wäre eine sozial und global gerechtere Welt auch ohne Meeresspiegelanstieg und Extremwetterereignisse ein wichtiges Ziel (→ Suffizienz, → Sozial-ökologische Transformation).

7. Klimawandel neu debattieren

Die Auseinandersetzung mit den dargestellten Narrativen der Klimadebatte eröffnet einen anderen Blick auf die Chancen und Hindernisse einer nachhaltigen Klimapolitik. Sie zeigt unter anderem die gesellschaftlichen Implikationen der bisher dominierenden Klimaschutzpolitik auf. Die gesellschaftliche Dimension spielt in der Klimadebatte immer noch eine untergeordnete Rolle, obwohl sich in den letzten Jahren im deutschsprachigen Raum eine sozialwissenschaftliche Klimaforschung etabliert hat, die auch in der Lehre der Soziologie, Geographie, Politikwissenschaft, Umweltpsychologie und dem Umweltrecht mittlerweile eine große Rolle spielt. Sozialwissenschaftliches Wissen wird in der Klimaforschung jedoch fast ausschließlich für Fragen der Akzeptanz von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen abgefragt –

also am Ende der Klimaforschungskette. Die Autor_innen des »Wörterbuchs Klimadebatte« wollen die Problemdefinition des Klimawandels jedoch nicht allein solchen Naturwissenschaftler_innen überlassen, die ihre Analysen auf wenige quantifizierbare und politisch funktionalisierbare Elemente reduzieren. In ihren Beiträgen erklären sie, wie die physikalischen Klimawandelursachen in vielfältigen sozialen und ökonomischen Strukturen verankert sind. Die meisten Autor_innen des Wörterbuchs sind sowohl in der Wissenschaft als auch in sozialen Bewegungen sowie beratend für staatliche Institutionen tätig und bringen diese unterschiedlichen Perspektiven in ihre hier vorliegenden Analysen ein.

Allen Beiträgen des Wörterbuchs ist eine Kurzfassung des zentralen Arguments zu den Schlüsselbegriffen der Klimadebatte vorangestellt. Es folgt die Darstellung des Gebrauchs des Begriffs in der öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskussion und dessen kritische Reflektion. Wo relevante weiterführende Weblinks vorliegen, werden diese am Ende des Beitrags aufgelistet. Das Wörterbuch dokumentiert die aktuelle Klimadebatte an zahlreichen Beispielbegriffen. Da die Klimadebatte laufend neue Begriffe hervorbringt, werden für eine fortgesetzte kritische Reflektion weitere Beiträge in einem Online-Blog zur Diskussion gestellt (»Schlüsselbegriffe der Klimadebatte«).

Als Herausgeberin des Sammelbandes danke ich den beteiligten Autor_innen, die die Aufgabe übernommen haben, die Argumentation und Funktion einzelner Schlüsselbegriffe zusammenzufassen und zu analysieren. Die Idee zur kritischen Reflektion von Schlüsselbegriffen der Klimadebatte beruht auf Diskussionen im Rahmen von Workshops und Doktorandenschulen des »Netzwerks Politische Ökologie« – einem Zusammenschluss deutschsprachiger Geograph_innen und Politikwissenschaftler_innen, die soziale Dimensionen von Umweltkrisen thematisieren –, an dem einige der Autor_innen beteiligt sind. Anregungen zur konzeptionellen Rahmung des Wörterbuches verdanke ich außerdem zahlreichen Diskussionen an der Bayreuth Academy of Advanced African Studies und der inspirierenden Begleitung des Buchprojekts durch Detlef Müller-Mahn, Stefanie Baasch und Ulrike Bergermann. Dem transcript-Verlag danke ich für die engagierte Umsetzung des Wörterbuchs. Ich wünsche mir, dass der Band zu einer transparenten und reflektierten Diskussion klimapolitischer Optionen beiträgt und eine Zukunft ohne Wachstumsstress und Daueroptimierung vorstellbarer macht.

Hamburg/Bonn im Oktober 2015
Sybille Bauriedl